

Der Solidaritätsgedanke zählt

Die Teilnehmer der Diskussionsrunde zum Thema «Sozialstaat» waren sich einig: die Betreuung Pflegebedürftiger zuhause ist mindestens genau so wichtig, wie die Pflege im Spital oder im Heim, wenn nicht sogar wichtiger.

Von Janine Köpfli

«Wir wollen den Leuten eine Stimme geben, die keine haben», sagte Ingrid Frommelt, Präsidentin der Liechtensteinischen Familienhilfe. Den Kranken, den Alten, den Menschen mit Behinderung, jenen, die ihr Leben nicht alleine meistern können und auf Hilfe angewiesen sind. Es sollen aber auch jene Unterstützung erhalten, die freiwillig helfen, die ihre Angehörigen pflegen und damit den Sozialstaat entlasten. Kein Staat könnte finanziell und personell das erbringen, was meist Frauen leisten, die über Jahre hinweg die Mutter, den Vater oder die kranke Schwester pflegen. Eine 24-Stunden-Betreuung, die kaum zu bezahlen und kaum alleine zu schaffen ist.

Längst fällige Massnahme

Renate Müssner, Stellvertretende Regierungsrätin, weiss, dass zweidrittel aller Pflegebedürftigen daheim bleiben wollen. Dies gesteht ihnen die Familie auch gerne zu. In den meisten Fällen ist es jedoch nicht möglich, dass die Angehörigen die Pflege allein übernehmen können. «Die wenigsten können es sich leisten, nicht zu arbeiten und rund um die Uhr für die Betreuung da zu sein», sagte Renate Müssner. Es sei nicht mehr so wie früher, als sich die Grossfamilie um die Alten und Kranken kümmerte. Sie fordert, dass die gesellschaftlichen Veränderungen auch Veränderungen im Sozialwesen mit sich bringen. Dass das Pflegegeld in Zukunft erhöht werden soll, sei eine längst fällige Massnahme, um die häusliche Pflege auf-

zuwerten und ihr die nötige Anerkennung zu schenken. «Langfristig wird es für den Staat günstiger kommen, wenn er die private Pflege fördert», sagte Renate Müssner.

24-Stunden-Hilfe

Davon ist auch Ingrid Frommelt überzeugt. Für die Präsidentin der Liechtensteinischen Familienhilfe sind es in erster Linie die Angehörigen, die für die Pflegebedürftigen da sein sollen. Zwar bietet die Familienhilfe Unterstützung, sie könne aber nur den Bedarf einer Grundpflege decken. Das persönliche Pflegeverhältnis, das so wichtig ist, sei Sache der Familie. Es gibt zahlreiche freiwillige Pflegerinnen im Land, sie können die immense Nachfrage nach Hilfe und Unterstützung jedoch nicht decken. Die Familienhilfe kommt kaum nach, die Betreuungs- und Pflegeunterstützung auszubauen. Möchte sie jedoch möglichst bald zu einer 24-Stunden-Hilfe erweitern.

Vom Pflegeheim zum Sozialzentrum

«Besteht die Gefahr, dass Menschen schneller in Pflegeheime abgeschoben werden?», fragte der Moderator. Tatsache ist, dass im ganzen Land die Pflegeheime renoviert werden. In Vaduz konnten die alten Menschen erst kürzlich in das neue Betreuungszentrum St. Florin einziehen – ein modernes, helles Haus. Von Abschieben könne kaum die Rede sein, sagte Daniel Hilti, Gemeindevorsteher von Schaan und Vizepräsident des Stiftungsrats der LAK. Die Häuser seien keine traditionellen Pflegehäuser, sondern Sozialzentren, wo sich Alt und Jung begegnen. Es wäre gar nicht möglich, alle alten Menschen in Liechtenstein in einem Altersheim unterzubringen, sagte Daniel Hilti. 310 Plätze – mehr werde es in Liechtenstein in absehbarer Zeit nicht geben. Gerade weil die Zahl der Menschen über 60 steigt – in 20 Jahren soll ein Viertel der liechtensteinischen Bevölkerung über 60 sein



Wollen die häusliche Pflege stärken: Donat Marxer, Ingrid Frommelt, Renate Müssner und Daniel Hilti.

Bilder Elma Velagic

– sei die private Pflege und die Familienhilfe unverzichtbar, betonte Daniel Hilti.

Pflege ist allerdings teuer. Viele können sich professionelle Hilfe gar nicht leisten, gab Renate Müssner zu bedenken. «Die Kapazitäten der Familienhilfe sind begrenzt und alleine kann man jemanden kaum 24 Stunden pflegen.» Sie kennt das Problem aus eigener Erfahrung, weiss wie schwer es ist, Pflegepersonal zu finden. Sie versteht es daher durchaus, dass sich Familien oft für eine günstigere, wenn auch illegale Variante entscheiden und nicht gemeldete Brasilianerinnen oder Philippininnen anstellen. Diese «importierten Betreuungshilfen» sind nicht gerne gesehen. Mit dem neu geregelten Pflegegeld, soll dieses Problem jedoch in den Griff bekommen

werden, sagte Ingrid Frommelt. Denn Pflegegeld erhält nur, wer einen ordentlichen Arbeitsvertrag vorweisen kann. Renate Müssner möchte noch einen Schritt weitergehen und den ausländischen Betreuungshilfen legale Arbeitsverhältnisse zugestehen. «Ich bin überzeugt, dass wir sie brauchen. Der freie Markt bietet einfach nicht genug Pflegepersonal.»

Sich für die Schwächeren einsetzen

Während der Diskussion gab es auch einen kurzen Abstecher zum Thema Krankenkassenprämien. Donat Marxer, Präsident des Liechtensteiner Krankenkassenverbands, nahm den Anwesenden schon mit seinem ersten Satz jegliche Illusionen, dass das Gesundheitswesen Liechtensteins endlich billiger werden könnte: «Es wird

bestimmt eine Prämienhöhung geben.» Vor allem der ambulante Notfalldienst in Grabs werde von Liechtensteinern oft und gerne in Anspruch genommen. Trotz höherer Kosten versucht aber auch der Krankenkassenverband sozialverträglich zu sein. «Über 4000 einkommensschwache Personen müssen keine Prämien bezahlen», sagte Donat Marxer. Auch alle Kinder seien prämienbefreit. Er appellierte an den Solidaritätsgedanken: eine Krankenkasse funktioniere dann am Besten, wenn die Gesunden dafür einstehen, dass die Kranken Geld bekommen.

Wenn sich die Gesunden und Stärkeren der Gesellschaft auch für die Betreuung der Pflegebedürftigen einsetzen, dann steht einem finanziell tragbaren Sozialstaat nichts im Weg.



Im Gespräch: Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschütscher, der anfangs Jahr die gestern Abend zum Abschluss gebrachte Veranstaltungsreihe «Zeit für Liechtenstein» initiiert hat, und Ernst Vedana (v. l.).



In angeregter Unterhaltung: Die beiden VU-Landtagskandidaten von Mauren-Schaanwald, Gerald Meier und Markus Oehri, Helmuth Kind, Heimleiter des Betagtenheims St. Martin Eschen, Dominik Oehri, VU-Landtagskandidat von Gamprin-Bendern, der Triesenberger VU-Landtagskandidat Leander Schädler und der VU-Abgeordnete Heinz Vogt (v. l.).



Der Veranstalter bedankt sich beim Gastgeber für die Gastfreundschaft: VU-Parteipräsident Adolf Heeb und Heimleiter Remo Vogt (v. l.).



Folgen gespannt den Ausführungen auf dem Podium: Die siebte und letzte Veranstaltung der Reihe «Zeit für Liechtenstein» war der erste Anlass überhaupt, der im Saal des neuen Sozialzentrums St. Florin in Vaduz durchgeführt wurde.